

Petitionsausschuss  
Die Vorsitzende

---

Herrn  
Rustem Ismail  
Wichmannstr. 9  
  
10787 Berlin

11011 Berlin, 28.04.2008  
Platz der Republik 1  
Fernruf (030) 227-35257  
Telefax (030) 227-36027  
Pet 3-16-41-8254-022925

Sehr geehrter Herr Ismail,

der Deutsche Bundestag hat Ihre Petition beraten und am 24.04.2008 beschlossen:

*Das Petitionsverfahren abzuschließen.*

Er folgt damit der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (BT-Drucksache 16/8764), dessen Begründung beigelegt ist.

Mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages ist das Petitionsverfahren beendet.

Mit freundlichen Grüßen



Kersten Naumann

Anlage: - 1 -

Pet 3-16-41-8254-022925

10787 Berlin

Renten wegen verminderter  
Erwerbsfähigkeit

### Beschlussempfehlung

Das Petitionsverfahren abzuschließen.

### Begründung

Der Petent beanstandet die Ablehnung seines Antrages auf Rente wegen Erwerbsminderung.

Er trägt vor, aufgrund seines Gesundheitszustandes nicht mehr erwerbstätig sein zu können. Er sei von Behörden und Institutionen unmenschlich behandelt worden, so dass er eine Erwerbstätigkeit nicht ausüben könne. Medizinische Behandlung sei ihm systematisch vorenthalten worden.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung des auf Gewährung einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit gerichteten Anliegens des Petenten lässt sich unter Berücksichtigung einer Stellungnahme des Bundesversicherungsamtes wie folgt zusammenfassen:

Der Petent beantragte mit Schreiben vom 25. Oktober 2006 auf Veranlassung der Arbeitsagentur die Gewährung einer Erwerbsminderungsrente. Die Deutsche Rentenversicherung Bund lehnte den Antrag des Petenten mit Bescheid vom 13. Dezember 2006 ab, da er die erforderlichen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für die Gewährung einer Rente wegen Erwerbsminderung nicht erfülle.

Gegen den Bescheid legte der Petent fristgerecht Widerspruch ein, der mit Widerspruchsbescheid vom 23. März 2007 zurückgewiesen wurde.

noch Pet 3-16-41-8254-022925

Voraussetzungen für die Gewährung einer Rente ist grundsätzlich die Erfüllung der Wartezeit als Mindestversicherungszeit. Die gesetzliche Rentenversicherung kennt keine Zugangsbeschränkungen hinsichtlich des Gesundheitszustandes und des Alters der Versicherten. Die Wartezeit dient also dem Schutz der Solidargemeinschaft der Versicherten vor allzu großen Risiken.

Für den Versicherten liegen erst seit dem 1. Januar 2005 Beitragszeiten zur gesetzlichen Rentenversicherung vor. Ein Tatbestand für die vorzeitige Wartezeiterfüllung liegt nicht vor. Mit den vorliegenden Beitragszeiten sind die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren Beitragszeit und die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für einen Anspruch auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nicht erfüllt.

Der Petitionsausschuss legt Wert auf die Feststellung, dass die nichtdeutsche Herkunft des Petenten keinen Einfluss auf die Entscheidungen der Deutschen Rentenversicherung Bund hat, weil diese nach Recht und Gesetz erfolgt sind und damit der verfassungsmäßigen rechtsstaatlichen Ordnung folgen.

Nach den vorangegangenen Ausführungen sieht der Petitionsausschuss keine Möglichkeit, das Anliegen des Petenten zu unterstützen; er empfiehlt deshalb, das Petitionsverfahren abzuschließen.

RUSTEM-AZERI

Ismail Rustem  
Wichmannstr. 9  
10787 Berlin

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:  
Deutschen Bundestag  
Petitionsausschuss  
Platz der Republik 1

Berlin, 30 Apr. 2008

11011 Berlin

Nur per Fax: 030 / 227-36-027

**WIDERSPRUCH**

ZT4/ POSTVERTEILER  
02.05.08 11:15

## RENTESACHE

**Pet 3-16-41-8254-022925**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich Widerspruch gegen Ihr Schreiben vom 28.04.2008 ein.

Als ich behindert wurde, wurde ich gesetzlich zu einem Behinderten gemacht, indem ich unheilbar krank wurde.

Ich hätte meine Wartezeit bei dem Versicherungsträger erfüllt, aber meine Klageverfahren gegen Behörden und insbesondere die Ausländerbehörde hat knapp 10 Jahre gedauert. Erst jetzt kam man zu dem Schluss, dass ich Recht habe. Demnach muss die Ausländerbehörde die Versicherungsprämie für den vergangenen Zeitraum bezahlen.

Sofern ich keine Antwort von Ihnen erhalte, verlange ich, dass unabhängige Sachverständige vom **UN** sowie vom **EuGH** hergeholt werden, die sich der Sache annehmen.

**Bedenken Sie, dass noch nie jemand auf der Welt auf diese Art und Weise hingerichtet wurde.**

Eine Kopie dieses Briefes wird dem UN und dem Europäischen Menschenrechtsgericht, wo ein Verfahren „**Nr. 6859 / 08**“ von mir noch läuft, zugesandt.

Mit freundlichen Grüßen

### Anlage:

1. Ärztliches Attest von 28.02.08
2. Ärztliches Attest von 01.02.07
3. Ärztliches Attest von 27.09.06
4. Ärztliches Attest von 16.01.04

R. Ismail

OK  
ERGEBNIS

5  
SEITEN

22736027  
GESENDET AN

19:16  
STARTZEIT

Lexmark 7300 Series

30/04/2008 19:16

\*\*\* ÜBERTRÄGUNGSBERICHT \*\*\*